

Tabak-Verbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserte müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gepaltene Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 8, II. zu senden.

Nr. 38.

Sonntag, den 23. September.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Zum Parteitag in Mannheim.

In Mannheim eröffnet am 23. September der sozialdemokratische Parteitag seine alljährliche Tätigkeit. Vor ihm legt die Gesamtpartei Rechenschaft ab über ihre bisherigen Aktionen, und ihre Vertreter haben zu bestimmen, welche Route die Partei zur Erreichung ihrer Ziele einzuschlagen hat.

Gerade das letztere Moment, die Besprechung und Entscheidung über die richtunggebende Taktik der Partei hat in den letzten Jahren zu den lebhaftesten Auseinandersetzungen geführt, die am heftigsten auf dem Dresdner Parteitage zum Ausdruck kamen. Seitdem sind die divergierenden Anschauungen der als Revisionsisten bezeichneten Parteigenossen weniger scharf hervorgetreten, weil eben die überwiegende Mehrheit der letzten Parteitage diese Anschauungen nicht anerkannte. Aber verschwunden sind sie deshalb nicht, nur latent trüben sie sich weiter. Hier und da brechen sie bei Gelegenheit hervor und verraten den Groll einzelner ihrer Träger, denen die Fürsorge um das Wohl der Partei Neger bereitet, weil sie nicht nach ihrem Rezept betrieben wird.

Im großen und ganzen hat das weniger Bedeutung, so lange sich die Diskussion über die Differenzen in vernünftigen Formen bewegt. Dann schadet es auch nichts, wenn einige Verbissene sozusagen aus Prinzip gegen die erprobte und bewährte Taktik der Partei opponieren. Anders ist es jedoch, wenn die Grundsätze der Partei berührt und angefochten werden zu dem Zwecke, die abweichenden Anschauungen über Taktik zum Durchbruch zu verhelfen. Dann handelt es sich um die Basis der Partei und es muß energisch zugegriffen werden, sie nicht erschüttern zu lassen.

Nun liegen ja für den Mannheimer Parteitag keine Anzeichen vor, daß die Verhandlungen zu solchen Auseinandersetzungen führen könnten. Nichtsdestoweniger wird es Klängeleien über das in Jena in das Arsenal der Partei neu aufgenommene Kampfmittel des Massenstreiks geben, da sich einige Gewerkschaftsführer noch nicht mit dem Gedanken befreundet haben, daß der Jenaer Parteitagbeschluss den Beschluss des Kölner Gewerkschaftskongresses zum Massenstreik überholt hat.

Der Streit über den Kölner Gewerkschaftskongress erhielt neue Nahrung in der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, wo der Groll einer Anzahl Gewerkschaftsleiter die Angelegenheit aufbaute zu einer Streitfrage zwischen Partei und Gewerkschaften, wobei die Anschauung hervortrat, die Gewerkschaften würden von der Partei scheel angesehen um ihrer größeren Mitgliederzahl willen, sie würden vernachlässigt, ja sogar bekämpft.

Versteigt sich Rechthaberei oder Verärgerung oder verkehrte Auffassung der Stellung der Partei und Gewerkschaften zu solchen Meinungen gegen die Partei, dann muß allerdings Wandel geschaffen werden. Das soll auf dem Mannheimer Parteitage geschehen, denn infolge jener Konferenz der Gewerkschaftsvorstände ist nicht nur eine abermalige Besprechung des politischen Massenstreiks, sondern auch über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nötig geworden. Die bereits in der Partei- und Gewerkschaftspresse hierüber gepflogenen Auseinandersetzungen sind glücklicherweise in so objektiver Form erfolgt, daß ziemlich Klarheit über diese Verhandlungsgegenstände besteht, die durch etwaige unvorhergesehene Zwischenfälle nicht getrübt werden könnte.

Endgültig zurückgewiesen ist die unklare Idee, eine besondere Theorie der Gewerkschaften zu schaffen, die im Gegensatz zu der Klassenkampftheorie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gedacht und nur Zeugnis ablegte für die Nichterfassung des Wesens und der Grundlagen der Massenbewegung der Arbeitererschaft, wie sie auch völlig die Mutterschaft der Partei zu den Gewerkschaften außer Augen ließ. Die Partei ist die Grönderin der Gewerkschaften und betrachtet sie als einen Teil ihres eigenen Selbst, gegen das sie ohne Gefahr für sich selbst nichts unternehmen könnte und auch nicht unternehmen wird. Das steht über allen Zweifel erhaben — daran zerfällt jeder Vorwurf derer, die über die Grenze ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten hinaus ihre eigenliebige Rolle setzen und das Gegenteil behaupten — das wird auch den Grundton der Verhandlungen des Parteitages in dieser Angelegenheit bilden und zu einer günstigen Lösung der Differenzen, die unserer Ansicht nach mehr personeller Art sind, führen. Das wünschen wir lebhaft, denn es ist für die der Arbeitererschaft bevorstehenden schweren Kämpfe unumgänglich nötig.

Die inneren Verhältnisse der Partei werden bei der Besprechung des Vorstandsbereichs die rechte Würdigung finden. Hierbei wird das Persönliche, besonders wegen des Wechsels in der Redaktion des Vorwärts, sich in den Vordergrund zu drängen suchen, aber wir hegen nicht die mindeste Beforgnis, daß diese Auseinandersetzungen über-

wuchern könnten; der Grundzug für diese Aenderung liegt klar und wird von dem Gros der Partei gebilligt.

Ob dann noch Zeit übrig bleibt, die große Zahl von Anträgen eingehend zu behandeln und ob, was weit wichtiger ist, die beiden Tagesordnungspunkte: Sozialdemokratie und Volkserziehung und Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug überhaupt verhandelt oder so berücksichtigt werden können, wie es die Sache erfordert, das steht dahin, wenn auch vielleicht einer dieser Gegenstände zur Erörterung gebracht wird. Wenigstens zeugt ihre Aufstellung von der guten Absicht, tiefgreifende Fragen durch den Parteitag zum Nutzen der Arbeiterbewegung, resp. des ganzen Volkes einer Lösung zuzuführen.

Wir wünschen dem Parteitag dazu guten Erfolg, damit die Aktionskraft der Partei immer mehr gehoben und gekräftigt werde.

Die Tabakindustrie in Württemberg.

Im Vergleich zum Großherzogtum Baden spielt die Zigarrenindustrie in Württemberg eine sehr geringe Rolle. Die auf Grund der Bundesratsverordnung als nicht fabrikmäßige Betriebe der Gewerbeaufsicht unterstellten Zigarrenmachereien betragen nach dem eben erschienenen Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten des Königreichs Württemberg bloß 25, von denen übrigens auch nur 10 untersucht wurden, ein Betrieb davon zweimal. In den untersuchten Betrieben waren nur 34 Personen tätig und zwar 2 jugendliche und 13 erwachsene männliche und 19 erwachsene weibliche Personen. Außerdem wurden gezählt 57 Fabriken oder fabrikmäßige Anlagen, in denen Zigarren angefertigt wurden. 56 derselben beschäftigten Arbeiter über 16 Jahre, und 46 jugendliche Arbeiter. Insgesamt waren in diesen Betrieben tätig 3568 Arbeiter und zwar 922 erwachsene männliche Arbeiter, dagegen 2084 Arbeiterinnen über 16 Jahre, 180 männliche und 346 weibliche junge Leute von 14—16 Jahren, 11 Knaben und 25 Mädchen unter 14 Jahren. 8 Betriebe kleinen Umfanges wurden von der Fabrikinspektion nicht besucht. Es wurden sehr wenig Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzgesetze entdeckt, so nur gegen einige unwesentliche Bestimmungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter, dann in je 5 Betrieben Verletzungen der Bestimmungen über die Dauer der Beschäftigung und über das Verbot der zu langen Arbeit an Sonnabenden und an Vorabenden der Festtage. Eine Bestrafung erfolgte wegen dieser Uebertretungen nicht.

Sonst ist der Bericht überaus dürftig in bezug auf die Verhältnisse der Zigarrenmacherei. Bloß eine Feststellung gesundheitlicher Art findet sich in dem Berichte, sie bezieht sich auf den 3. Aufsichtsbezirk, der den ganzen Donaufreis mit Ausnahme des Oberamtsbezirks Kirchheim und den Oberamtsbezirk Heidenheim umfaßt. Die Assistentin teilt mit, daß in Zigarrenfabriken noch immer das Belegen der Zigarrenspitzen durch Deckblattarbeiterinnen verschiedentlich beobachtet wurde und gerügt werden mußte. Die Verjuche der Meister, die Arbeiterinnen wenigstens während der Revision nur zur Benützung des aufgestellten Klebstoffes zu veranlassen, gelingt nicht immer. So bemerkte die Beamtin in einer größeren Zigarrenfabrik auf dem Lande, daß zu Anfang der Revision alle Kollerinnen die Zigarrenspitzen mit dem Klebstoff befeuchteten, daß aber schon nach Verlauf von wenigen Minuten die Gewohnheit mächtiger war, als der gute Wille der Beschäftigten, und eine um die andere fing an, die Zunge dazu mit zu benützen. — Der Grund dieses ebenso unappetitlichen als ungesunden Verfahrens ist wie so manche andere Mißstände auf die Affordarbeit zurückzuführen. Das Anfeuchten mit der Zunge fördert eben die Arbeit rascher, wie das nur mit dem Klebstoff. Ein weiterer Uebelstand in Zigarrenfabriken ist der, daß mit Rücksicht auf die Affordarbeit die vorgeschriebene Reinhaltung der Arbeitstische vielfach unterlassen wird; manche Arbeiterinnen waschen ihre Tische nur Sonnabends naß ab. Die Arbeiterinnen wurden auf die Gesundheitschädigung, die bei Unterlassung der vorgeschriebenen Reinigungsarbeiten entstehen können, aufmerksam gemacht und die Betriebsleiter angehalten, ein wachsames Auge auf die Beobachtung der hier in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen zu haben. Die Gewerbeaufsichtsbeamtin hatte sich auch bemüht, daß die Reinigung der Arbeitstische, wie die sonstigen Reinigungsarbeiten den Affordarbeiterinnen besonders vergütet oder von den im Tagelohn beschäftigten Arbeiterinnen ausgeführt werden sollte.

Erwähnenswert sind auch einige besondere Bemerkungen der Aufsichtsbeamten: Es wird festgestellt, daß sich das Verhalten gesundheitlichen Einrichtungen gegenüber nach der Intelligenz der persönlichen Mangelhaftigkeit oder Empfindlichkeit für die Gesundheit richtet. Die Organisation kann stolz sein auf die weitere Bemerkung, daß die gebildete Ar-

beitererschaft sich mit hygienischen Neuerungen am raschesten zurechtfindet, daß sie auf diesem Gebiete auch ein treibender Faktor ist. Treffend ist die Bemerkung, daß unter Verhältnissen, die der körperlichen und geistigen Gesundheit Rechnung tragen, die größte Leistungsfähigkeit zu erwarten ist und daß es im Interesse der Unternehmer liegt, ihre Fabriken in gesundheitlicher Hinsicht zu verbessern, falls sie sich eine tüchtige und leistungsfähige Arbeitererschaft erhalten wollen. Daß in dieser Hinsicht die Tabakindustrie nicht an erster Stelle steht, ist leider nur zu sehr bekannt.

Die Bestimmungen über die Mittagspause scheinen in Zigarrenfabriken nicht ordnungsgemäß eingehalten zu werden. So wird berichtet, daß in einer Zigarrenfabrik der plötzliche Ausbruch der Frauen bei der Revision der Assistentin, die kurz nach 11½ Uhr vormittags erfolgte, bei der Beamtin den Eindruck erwecken mußte, als ob sonst die Mittagspause weniger frühzeitig beginne. Doch ließ sich bei näherem Nachfragen eine Beeinflussung durch den Wertführer nicht ermitteln.

Nach dem Trade-Unions-Kongress.

Aus London wird der L. B. geschrieben: Der 39. britische Gewerkschaftskongress nahm gestern sein Ende. Ein neues Parlamentarisches Komitee wurde gewählt und der Sekretär Steadman wiedergewählt. Zum Komitee gehören auch die Genossen Barnes und Thorne. Die höchste Stimmenzahl erhielt der Arbeiterabgeordnete Chadleton, der zweite Vorsitzende der Arbeiterfraktion. Er wird demgemäß zum Präsidenten des Komitees bestimmt werden. Unter den Kandidaten zum Parlamentarisches Komitee befand sich auch Genossin Bondfield, die Sekretärin der Ladengehilfen, aber die auf sie entfallene Stimmenzahl reichte zur Wahl nicht hin.

Der Kongress nahm einen ruhigen Verlauf, da auf allen Seiten das Bestreben sichtbar war, die Einigkeit zu fördern. Dieses Bestreben war die Folge der Wahlsiege und des neugewonnenen Einflusses im Parlamente, die alle Kongressdelegierten mit Freude und deshalb auch mit einem Geiste der Versöhnung erfüllten. Der Kongress war eine Siegesfeier. Es handelte sich weniger um Diskussionen als um eine freundliche Annäherung zwischen den selbständigen und liberalen Arbeiterabgeordneten. Ob indes eine Einigung zustande kommen wird und ob sie schon jetzt ratsam ist, ist natürlich fraglich. Die Arbeiterfraktion besteht aus 29 Mitgliedern, davon sind etwa 15 oder vielleicht 18 sozialistisch gesinnt. Die sozialistischen Anträge und Maßregeln können deshalb in der Fraktion auf eine Mehrheit rechnen. Schließen sich aber die liberalen Arbeiterabgeordneten der neuen Partei an, so wird die Fraktion in ihrer selbständigen Haltung geschwächt. Denn man kann nicht erwarten, daß die neuen Parteianhänger über Nacht ihren Liberalismus ablegen. Es wäre deshalb besser, mit der Einigung zu warten, bis sich der sozialistische Geist in der Arbeiterpartei befestigt.

Es war auch der Geist der neuen Partei, der den Kongress belebte. Der vorjährige Kongress in Hanley war dem allgemeinen Urteil nach ein Mißerfolg. Es war ein Reizzug der liberalen Arbeiterpolitik. Eine Institution muß eine wirkliche Aufgabe haben, um leben zu können. Und der Trade-Unionskongress hatte in den letzten Jahren keine Aufgabe mehr. Direkt in die Politik eingreifen konnte er nicht. Und im Kampfe für ein besseres Gewerkschaftsrecht erwies er sich als zu schwach. Der Kongress sank zu einer Parade, zu einer leeren Schaustellung herab und wäre ohne die neue Wendung der Politik an Altersschwäche gestorben. Der diesjährige Kongress, der im Zeichen der Siege der neuen Arbeiterpartei stand, zeigte ein ganz anderes Gepräge.

Schon der Jahresbericht des Parlamentarischen Komitees, der sonst meist von liberalen Gemeinplätzen angefüllt war, schlug diesmal neue Töne an. Er zeigte das Bestreben, über die gewöhnlichen Gewerkschaftsforderungen und liberalen Programmpunkte hinauszugehen. An einer Stelle sagte der Bericht:

Endlich erwachten die organisierten Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit auf. Die Bemühungen früherer Jahre wurden durch die Erfolge der letzten Wahlen belohnt. Wir können uns nicht mehr begnügen, für einen zum Leben notwendigen Lohn (living wage) zu kämpfen, einen Lohn, der durch das eiserne Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Wir wollen etwas mehr als das. Wir wollen eine höhere Lebenshaltung, die uns gestattet, unsere Kinder zu erziehen und uns befähigt, an den Genüssen der Kunst und Literatur teilzunehmen, um wenigstens die Hälfte der guten Dinge zu genießen, die das Leben verschönern und lebenswert machen.

Es liegen zahlreiche Urteile über den Kongress vor, die den belebenden Einfluß der selbständigen Klassenpolitik bestätigen. Der Liverpooler Korrespondent der Daily News sagte sein Urteil dahin zusammen: „Der Kongress-

